klärt: „Killinger wird binnen einem Jahre abgefägt, heute wäre es taktisch unklug, wir wollen in Sachsen nicht dasselbe erleben, wie in Berlin!" Und deshalb kuscht Killinger, er hofft, Frieden mit München schließen zu können, wenn auch die Bonzendiktatur dadurch gestärkt wird. Das hat bei uns dem Faß den Boden ausgeschlagen. Wir haben uns deshalb an Sie gewandt, um in der kommunistischen Presse, der einzigen gegnerischen, vor der wir wegen ihrer Grundsatzfestigkeit und Offenheit Achtung haben, Anklage zu erheben gegen solche „Führer", die uns und unsere Ideale über Bord werfen, wenn es ihnen paßt. Das ist auch genau so schlimm wie bei der SPD, von der wir gegangen sind, weil die Bonzen sich so breit machten, daß für uns kein Platz mehr war. Einige unserer Kameraden haben bereits beschlossen, mit Leutnant Scheringer in Verbindung zu treten, um sich mit ihm auszusprechen. Wir bitten Sie, uns durch die Veröffentlichung zu zeigen, daß sie ihr Versprechen halten wollen, im Kampf um soziale und nationale Befreiung des arbeitenden deutschen Volkes an der Spitze zu stehen."

Diese Zuschrift, die uns heute übermittelt wurde, kennzeichnet die Lage der NSDAP besser, als man sie bisher aus den Pressemeldungen erkennen konnte. Die „Rebellion" der Landsknechte vom Schlage Stennes, der Verrat Goebbels und nun auch Killingers an ihrer eigenen Gefolgschaft schlägt um in eine Proletarierrebellion gegen die NSDAP-Politik überhaupt. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß wir den proletarischen Elementen den Weg aus dem Lager des Faschismus zur roten Kampffront der Arbeiter erleichtern wollen. Die revolutionäre Arbeiterschaft ist davon überzeugt, daß die Proletarier in braunen Hemden sich nicht mehr allzulange mißbrauchen lassen als Hilfstruppen der großkapitalistischen Youngdiktatur und durch ihre Landsknechte Hitler und Killinger.

•

Zu einer öffentlichen Erklärung hat nunmehr auch der zweite der Ulmer Offiziere, Leutnant Wendt, den Bruch mit Hitler vollzogen. Zwar gibt er sich der Illusion hin, daß Stennes ehrlich handle, unzweifelhaft ist jedoch, daß auch er nach Scheringers Beispiel den richtigen Weg zur revolutionären Kampffront der Arbeiter betreten hat. Wörtlich heißt es in seiner Erklärung:

„Die Verräter sitzen in München. Sie schieben uns Putschistenabsichten unter, weil wir die revolutionäre Schwungkraft behalten haben. Wir haben kein Interesse daran, uns provozieren und zu vorzeitigen Verzweiflungstaten hinreißen zu lassen, aber wir gehören dahin, wo die Revolution des werktätigen Volkes vorwärtsgetrieben wird. Ich sage mich daher ebenso wie mein Kamerad Scheringer von Hitler und seinem Faschismus los."

•

614 Hitler, die Operettendiva ...

Wie die Presse meldet, hat Manfred v. Killinger noch am 31. März dem damals in Dresden weilenden Stenn -Vertreter nach dessen Stenogramm wörtlich erklärt:

Der SA-Führer Sachsens, Killinger

„Glauben Sie, daß ich dieser Operettendiva von München noch lange folgen werde?"

Wenige Tage später hat derselbe Killinger die „Operettendiva" laut und feierlich als den Führer des deutschen Volkes gepriesen und seine Ergebenheit beteuert. Ekel und Verachtung ob solcher „Führer" wird die proletarischen Anhänger der NSDAP zwingen, die Konsequenzen zu ziehen.

I. II. III. Klasse im Hitler-Hotel!

Die Bonzen der NSDAP essen nicht an einem Tisch mit den Proleten!

Das Berliner Tageblatt meldet aus München, daß der neu einzurichtende Restaurationsbetrieb im „Braunen Hause" drei verschiedene Abteilungen enthalten wird: Eine vornehm eingerichtete für die höheren Chargen, eine einfachere für die mittleren Pg.s und einen Bierkeller „fürs Volk". Damit sind bei der Nazi-„Arbeiter"-Partei die berüchtigten Militärküchenkategorien eingeführt — Offizierskasino, Unteroffiziersmittagstisch und Mannschaftsfeldküche. Echter wilhelminischer „Frontgeist", der bei Hitler herrscht!

Berlin, 9. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Nach den Mitteilungen des juristischen Beraters des Hauptmann Stennes sind in Berlin im Laufe des Mittwochs 900 Zivilmitglieder aus der NSDAP ausgeschlossen worden, davon allein von der 400 Mann starken Sektion Schöneberg 280 Mann.

Stennes selbst mußte das neubezogene Haus in der Matthäikirchstraße räumen, hat jedoch bereits Büros in der Nähe der Potsdamer Straße gemietet. Er i. also drauf und dran, daraus ein Geschäft zu machen, was für die rebellierenden SA-Proleten eine Sache des offenen politischen Kampfes ist.

Musik—aber der zweite Mann bleibt weg

Poesie und Prosa des SPD-Arbeiterverrats / Entfernt das Dresdner Panzerkreuzerblatt aus den Arbeiterwohnungen!

Die SPD-Presse veröffentlicht heute schon ein ganzes Lied mit Noten und Text, das in dem verzweifelten Ruf nach dem 2. Mann gipfelt. Die Leipziger Volkszeitung bringt die Noten und den Text gar als Hauptspitze auf der 1. Seite. Ueberall hört man die Arbeiter Witze darüber machen — und mit Recht —, und es ist in den Betrieben und Stempelstellen schon lange nicht soviel gelacht worden. In der Tat: die „Musik" und „Poesie" kann wahrlich nicht die Prosa, die nüchterne Tatsache der fortgesetzten schamlosen SPD-Verrätereien, vertuschen. Sehen wir uns z. B. allein die gestrige Dresdner Volkszeitung an und geben wir hier einige Kostproben wieder:

1. **„Deutsche Regierung fordert Ehrlichkeit"** — Das Dresdener SPD-Blatt ist ein Herz und eine Seele mit der „ehrlichen" Brüning-Diktatur.

2. Leitartikel von Arzt über Kulturbolschewismus: **„Diese traurige Reaktion (Kulturreaktion) verdanken wir den Kommunisten."** Also nicht Severings Konkordatsarbeit, nicht die tausend Lakaiendienste der SPD-Führer für die Kirche, nicht ihre Unterstützung der kulturreaktionären Brüning-Diktatur und der §-48-Notverordnung sind schuld, sondern die Kommunisten!

3. **„Verhaftungen, Erschießungen. Die übliche Politik in Rußland"** — lautet eine andere große Ueberschrift des antibolschewistischen „linken" SPD-Blattes.

4. „Freidenker-Flugblatt verboten" ... Das Vorgehen des **Crimmitschauer Stadtrates** zeigt aber erneut, wie gefährlich die neue Notverordnung ist, „durch die die **wichtigsten Verfassungsrechte beseitigt werden".** Stimmt, und das schreibt einfach und frech dieselbe Dresdner Volkszeitung, die die Notverordnung gebilligt und deren Partei die §-48-Diktatur angeregt und ermöglicht hat!

Das ist die Prosa des Arbeiterverrats. Und sie sagt: „Der 2. Mann geht gemeinsam mit dem 1. Mann zur einzigen antikapitalistischen und antifaschistischen Partei und ihrer Presse, zur KPD, zur Arbeiterstimme"

Faschistisches Volksbegehren

Die Arbeiter kämpfen gegen Faschismus und gegen Preußenregierung

Berlin, 9. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern begann die Volksbegehren-Aktion der faschistischen Reaktion. Hugenberg erläßt Kampfaufrufe und auch die Nationalsozialisten fordern ihre Anhänger zur Eintragung in die Listen zum Volksbegehren auf. Die Arbeiterschaft steht gegen diese faschistische Aktion in schärfster Frontstellung. Alle Werktätigen reihen sich ein in die von der KPD geführte rote Einheitsaktion gegen Faschismus und Preußenregierung.

Gescheiterte Lockspitzelaktion gegen KPD

In Düsseldorf wurde kürzlich, offenbar von polizeilicher Seite aus, ein dreister Lockspitzelattentat gegen die KPD versucht. Am 1. April erschien in der Wohnung des Funktionärs der KPD, Ortsgruppe Düsseldorfer Altstadt, ein angeblich Beauftragter der BL. Es handelte sich um einen proletarisch gekleideten und sicher auftretenden Menschen, der sich gegenüber unserem Genossen durch ein Schreiben der BL (mit Kopfstück), das aber weder Stempel noch Unterschrift trug, legitimierte. Dann forderte er Herausgabe des Wahlkampfmaterials, vor allem aber „Zutritt zum Apparat". (!) Um unseren Genossen in Sicherheit zu wiegen, behauptete der Lockspitzel, er sei von dem Genossen Schulte direkt beauftragt, da er mit denselben seit der Tätigkeit der Genossen Hermann in direkter Verbindung stände. Er fügte noch weitere Unwahrheiten aus der Parteiorganisation an, um auch jeden Mißtrauen des Genossen Funktionärs zu zerstreuen.

Schleicher diktiert den Etat 1931

Das Diktatur-Regime in Sachsen auf den Krücken der SPD

Die Regierung Schieck führte ihr Regiment schon im Jahre 1930 ohne einen vom Landtag verabschiedeten Etat durch. Der Etat wurde 1931 angenommen. Die SPD, die dem Etat ihre Zustimmung gab, erklärte, diese Zustimmung erfolge nur formal, da sie alle anderen Fragen beim Haushaltplan für 1931 stellen werde. Die Schieck-Regierung verfährt jetzt nach dem Prinzip — der kluge Mann baut vor. Das Kabinett hat, die Vertagung des Landtags deutlichend, einen Beschluß gefaßt, auf Grund des sächsischen Ausnahmeartikels 44 den Etat bis zu seiner gesetzlichen Erledigung durchzuführen.

Damit hat sich die Schieck-Regierung die Möglichkeit gesichert, auch jetzt wieder vollständig unabhängig vom Landtag zu schalten und zu walten wie sie will. Gleichzeitig wird faktisch die gleiche Lage wie zum Etat 1930 geschaffen. Die SPD wird wieder zustimmen mit der Erklärung, es geht jetzt nicht anders.

Dieser Schritt der Schieck-Regierung zeigt wieder vor den breitesten Massen, daß von den Rechten des Parlamentarismus nichts übrig geblieben ist, was nicht die Regierungen mit einem Federstrich beseitigen.

Ermuntert zu diesem Schritt wurde die Regierung geradezu durch die provokatorische Ablehnung der Forderung der Kommunisten auf Einberufung des Landtags durch den sozialdemokratischen Landtagspräsidenten Wedel. Auch hier war die SPD-Führerschaft treuester Schrittmacher der Reaktion.

Frau Dr. Kienle spricht am Montag in Dresden

am 13. April 20 Uhr in drei Versammlungen: Kegelheim, Donaths Neue Welt und Matzkes Etablissement, Neustadt. Verwaltungsbezirke, Flugblätter im IAH-Büro, Poppitz 18, abholen!

Brünings Reise nach London

P. L. Das offiziöse englische Nachrichtenbüro Reuter teilt mit, daß die Zusammenkunft der englischen Regierung mit Brüning und Curtius in London (bzw. in Chequers dem Landsitz Hendersons), nicht, wie ursprünglich geplant, Anfang Mai, sondern vom 5. bis 9. Juni stattfinden werde.

Der Plan zu der Besprechung ist bereits Anfang März von Henderson angeregt worden. Die jetzt erfolgte Einladung hat also nur einen formellen Charakter. Daß es sich bei dieser Londoner Konferenz in erster Linie um eine Antisowjet-Konferenz handelt, wird nachdrücklichst durch die Verschiebung der Konferenz unterstrichen. Da am 18. Mai der Völkerbundsrat zusammentritt und wahrscheinlich auch bereits zu der Frage der deutsch-österreichischen Zollunion Stellung nehmen wird, wird die Londoner Konferenz sich im wesentlichen mit den Problemen des Kampfes der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion beschäftigen, wobei natürlich alle Fragen, auch die gegenseitigen zwischen den imperialistischen Ländern, eine Rolle spielen werden.

Der Versuch der deutschen Bourgeoisie, auf dem Wege einer Zollunion mit Oesterreich die Fesseln des Versailler Vertrages zu lockern, hat mit aller Schärfe die bestehenden Gegensätze zwischen dem deutschen und dem französischen Imperialismus erneut aufgerissen. Das imperialistische Frankreich forderte brüsk die Liquidierung des Zollabkommens. Aber es ist zweifelhaft, ob es bei dieser Forderung die volle Unterstützung Italiens und Englands findet. Die Gegensätze zwischen Frankreich und Italien sind bekannt und die englische Bourgeoisie sieht nicht ungern die Schwächung der Position des französischen Imperialismus auf dem europäischen Festlande. Aber angesichts des bestehenden und sich stetig verschärfenden Gegensatzes zwischen den imperialistischen Mächten und der Sowjetunion haben die führenden imperialistischen Mächte, wie England, kein Interesse an der Austragung dieser Gegensätze.

Die Gereiztheit der französischen imperialistischen Presse nach Bekanntwerden des Konferenzplanes in London hat denn auch die Macdonald-Regierung veranlaßt, den Termin der Konferenz für Anfang Juni, also nach Stattfinden des Völkerbundsrates, zu verlegen. Inzwischen wird man in Genf versuchen, die Affäre des deutsch-österreichischen Zollabkommens so zu regeln, daß den Einwänden Frankreichs im weitgehenden Maße Rechnung getragen wird, um dann in London auf der Grundlage der in Genf erzielten „Einigung" um so besser die Maßnahmen zu einer aktiven agressiven Angriffspolitik gegen die Sowjetunion treffen zu können.

„Der Deutsche", ein Zentrumsorgan (das Blatt des Arbeitsministers Stegerwald), spricht das ziemlich offen aus. Das Blatt sagt, daß für die deutsche Bourgeoisie „die gegenwärtige internationale außenpolitische Lage in der Hauptsache vier Seiten habe: 1. die Abrüstung, 2. die österreichisch-deutsche Zollunion, 3. die Reparationsfrage und 4. die Stellung der Mächte zu Rußland."

Das Blatt hofft, daß durch die Aussprache in London die deutschen Imperialisten auf diesen Gebieten Erfolge haben werden, und auch die „Germania" erinnert daran, daß „London in der Nachkriegszeit schon mehr als einmal der Schauplatz von Besprechungen und Verhandlungen gewesen ist, welche Deutschlands Notlage in bescheidenem Umfange erleichtert haben."

Als Gegengabe zu diesen „Konzessionen" bringt die Brüningregierung die faschistischen Diktaturgesetze gegen die Arbeiterklasse, die sie als „Kampf gegen den Bolschewismus" bezeichnet und die verstärkte Hetze gegen die Sowjetunion der gesamten Bourgeoisie einschließlich der Sozialdemokratie und ihrer Presse. Auch hier läßt „Der Deutsche" die Katze ungeniert aus dem Sack, indem er im Zusammenhang mit der geplanten Londoner Reise Brünings und Curtius' schreibt:

„Man weiß, wie sehr nicht nur in England, sondern auch in dem anderen großen angelsächsischen Lande, nämlich in Nordamerika, Sowjetrußland unpopulär ist. Wir wissen, wie sehr eine starke öffentliche Meinung überall auf die Regierungen drückt, sie möchten mit Rußland brechen, keinen Handel mit Rußland treiben, den Bolschewisten keine Kredite geben, ja womöglich kriegerisch einschreiten. Hinter dieser starken öffentlichen Meinung stehen in allen Ländern in erster Reihe die kulturpolitisch interessierten Männer und Frauen, vor allem die Geistlichkeit der verschiedenen christlichen Konfessionen und überhaupt alle diejenigen, welche im wachsenden Bolschewismus eine Gefahr für die abendländische Zivilisation sehen ...

Man wird in London oder auf dem Landsitz des englischen Ministerpräsidenten, wo die Konferenz stattfinden soll, wohl auf diese Dinge zu sprechen kommen."

Das ist sehr deutlich, und nachdem „Der Deutsche" diese Frage bewußt an die Spitze der Erörterungen über die vier Seiten der internationalen außenpolitischen Lage gestellt hat, enthebt er sich der Notwendigkeit, im einzelnen darzulegen, daß mit der Erörterung dieser Hauptfrage auch die anderen „drei Seiten" geregelt werden sollen, daß also die deutsche Bourgeoisie in London in bewußter Weise ihre Sowjetfeindlichkeit in den Vordergrund schieben wird, um gleichermaßen als getreuer Diener des englischen und französischen Imperialismus im Kampfe gegen die Sowjetunion Konzessionen auf anderen Gebieten in der Frage der Rüstungsfreiheit, der Reparationsfrage usw. zu erbitten.

Soviel ist klar: **Der Versuch der deutschen Bourgeoisie, durch die deutsch-österreichische Zollunion den Rahmen des Versailler Vertrages, wenn auch in bescheidenem Maße, zu sprengen, führt sie folgerichtig im verstärkten Maße in die Anti-Sowjetfront zu einer erhöhten Bereitschaft gegen die Sowjetunion, „womöglich kriegerisch einzuschreiten."**

Nur die Arbeiterklasse kann nicht nur allein den Versailler Schandvertrag liquidieren, sondern auch dadurch einen imperialistischen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion zerschlagen, indem sie die Herrschaft der Bourgeoisie und die kapitalistische Gesellschaftsordnung stürzt und an ihrer Stelle ihre eigene Herrschaft und die sozialistische Gesellschaftsordnung errichtet.

22.7 Millionen UdSSR-Aufträge

Gestern traf Genosse Pjatakow, zur Zeit Kommissar der sowjetrussischen Wirtschaft für Verhandlungen mit der deutschen Industrie über Gewährung von Aufträgen, in Berlin ein. Außer Pjatakow, der Präsidialmitglied des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion ist, gehören der Kommission u. a. auch der Leiter der Bundesvereinigung der russischen Elektrizitätsindustrie, Tschukoff, sowie der Vertreter des Verkehrskommissariats an.

Das 2. Märzheft der Zeitschrift der Handelsvertretung der UdSSR in Deutschland, „Sowjetwirtschaft und Außenhandel", bringt eine Zusammenstellung der in der Zeit vom 1. bis 15. März 1931 von der Sowjetunion an Deutschland vergebenen Industrieaufträge. Der Gesamtwert beträgt 27,2 Millionen Mark.